

fraktion aktuell



Newsletter der **SPD**-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Brandenburg an der Havel

Nummer 8 / 2017

26. Oktober 2017

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossen, liebe Freunde!

Am gestrigen Mittwoch fand wieder die Stadtverordnetenversammlung statt. Nach der Bundestagswahl und dem Ergebnis der Bürgerbefragung zum Packhof, gab es einige Veränderungen in der Besetzung und den inhaltlichen Positionen. So stimmte die SVV nicht nur einstimmig für ein Ende des Hotelprojektes am Packhof, sondern auch die übrigen Vorlagen wurden alle einstimmig angenommen.

Über die Inhalte der gestrigen Sitzung unsere Beiträge und Positionen möchte die SPD Fraktion mit diesem Newsletter informieren. Ich lade Sie/ euch ein, sich ein Bild von unserer Arbeit in der Stadtverordnetenversammlung zu machen und mit uns ins Gespräch zu kommen.

Ihre/ Eure
Britta Kornmesser



Britta Kornmesser

Bürgerbefragung bringt Klarheit und wirft neue Fragen auf.



Das Ergebnis der Bürgerbefragung zur weiteren Entwicklung des Packhofgeländes steht fest. Die Frage „Sind Sie dafür, dass auf dem Packhofgelände neue Wohnungen, ein 4-Sterne-Hotel mit öffentlich zugänglichem Wellnessbereich sowie ein Parkhaus für das Quartier errichtet werden?“ wurde von mehr als 60 % der Teilnehmer an der ersten Bürgerbefragung in unserer Stadt mit NEIN beantwortet. 26.289 Abstimmungsbriefe wurden dazu in öffentlicher Auszählung von vielen ehrenamtlichen Helfern geöffnet.

Bereits am Tag der Auszählung hat sich die SPD-Fraktion deutlich positioniert. Für uns war klar, dass Ergebnis ist deutlich und die Hotelidee Packhof gestorben. Bereits zur Besprechung der Fraktionsvorsitzenden am darauffolgenden Montag hatten wir einen Antragsentwurf erarbeitet, in dem unter anderem folgende Punkte enthalten waren:

- Der Beschluss 260/2016 zur Errichtung eines Hotels auf dem Packhof soll aufgehoben werden.

- Die SVV behält sich die Entscheidungen über die Erarbeitung von Ausschreibungsunterlagen, Interessenbekundungen, Grundstücksgeschäften sowie vorbereitende Entscheidungen für Grundstücksgeschäfte den Packhof bzw. mit der Entwicklung des Packhofes im Zusammenhang stehende Flächen vor.
- Die Stadtverwaltung unterrichtet weiterhin den Ausschuss für Stadtentwicklung über die Entwicklung des Packhofgeländes, die damit in Zusammenhang stehenden verkehrlichen Fragen sowie Gespräche über die Ansiedlung eines dem bisherigen Projekt vergleichbaren Hotels an anderer Stelle.
- Das moderierte Strukturkonzept bleibt Grundlage für die weitere Entwicklung des Packhofes und wird ggf. im Rahmen einer Fortschreibung unter Einbeziehung der Öffentlichkeit überarbeitet.

Die Stadtverwaltung teilte in der Beratung am 16. Oktober 2017 mit, dass auch sie bereits an einer Beschlussvorlage für die nächste Stadtverordnetenversammlung Ende Oktober arbeite. Ziel war es auch hier den Beschluss 260/2016 (Vorbereitung und Einleitung ein Bauleitplanverfahren auf Grundlage der Planungen des Hotelinvestors premero sowie Aushandeln eines Grundstückkaufvertrages für das Packhofgelände mit der Firma premero) aufzuheben. Nachdem die Verwaltung zusagte, dass die Punkte unseres Antrags in die Verwaltungsvorlage aufgenommen würden, haben wir auf die Einbringung eines eigenen Antrags verzichtet.

Die Verwaltungsvorlage 277/2017, die nun auch offiziell das Ende des Hotels am Packhof besiegelt, wurde gestern dann auch einstimmig beschlossen. Auch die Unterstützer des Projektes akzeptierten das deutliche Signal der Bürgerinnen und Bürger. Eine positive Entwicklung.

Absolut negativ zu bewerten war aber, dass zu diesem wichtigen Punkt auf der sonst eher kurzen Tagesordnung die AfD-Fraktion nach nur zwei Redebeiträgen das Ende der Debatte beantragt hat und mit Stimmen der CDU, einer kleineren Fraktion die Diskussion zum Packhofgelände abrupt beendet wurde.

Aus meiner Sicht wäre es auch für die zahlreich anwesenden Bürger wichtig gewesen zu erfahren, wie die einzelnen Parteien sich die weitere Verfahrensweise auf dem Packhof vorstellen. Hier entstand wieder einmal der Eindruck, dass kein Interesse an einer inhaltlichen Diskussion gewünscht ist und man das Thema möglichst schnell vom Tisch haben wollte.

Die SPD-Fraktion ist grundsätzlich für eine weitere Entwicklung des Packhofgeländes. Allerdings sollte hier nichts übers Knie gebrochen werden. Unter einer weiteren Beteiligung der Bürger muss das moderierte Strukturkonzept Grundlage weiterer Überlegungen sein und ggf. angepasst werden. Wir werden uns in den Prozess aktiv einbringen.

Michael Raith Neues Wohngebiet als Chance und Herausforderung.



Gestern beschloss die Stadtverordnetenversammlung einstimmig den Bebauungsplan für das „Wohngebiet Grüne Aue“. Auf dem Areal zwischen der Grünen Aue, der alten Städttebahntasse und hinter der Bebauung der Wilhelmsdorfer Straße entstehen ca. 20 Grundstücke für junge Familien und Menschen, die zentrumsnah und trotzdem im eigenen Haus

wohnen möchten. Wir freuen uns, dass nach und nach immer mehr Brachflächen verschwinden und Wohnraum für Brandenburgerinnen und Brandenburger wie für Zuzügler geschaffen wird.

Doch neben den Chancen, die das neue Wohngebiet für die Stadtentwicklung bietet, bestehen auch Herausforderungen. So hatten wir bereits in der letzten Stadtverordnetenversammlung anlässlich des Bebauungsplanentwurfes für das „Wohngebiet am Rehhagen/ Eichhorstweg“ auf die Belastung durch den zusätzlichen Verkehr durch die dortigen 40 neuen Grundstücke hingewiesen. Auch das neue Wohngebiet an der Grünen Aue bringt zusätzlichen Verkehr auf die Straßen. Und das wo der Knotenpunkt Zentrumsring/ Wilhelmsdorfer Straße schon heute in den Morgenstunden stark belastet ist. Wir hoffen, dass im Zusammenhang mit der Verkehrsentwicklungsplanung auch über eine andere Verkehrsorganisation an dieser Stelle nachgedacht wird. Die jetzt eingerichtete Doppelspur für Linksabbieger ist ein erster Versuch den Verkehr an dieser Stelle flüssiger zu machen, doch wird er auf Dauer nicht ausreichen.

Dr. Lieselotte Martius

Die Ortsteile brauchen wieder einen regelmäßigen Bürgerservice!



Die andauernden Schließzeiten der Ortsteilverwaltung in den letzten Wochen und Monaten waren also nur die Vorbereitung einer Hinterzimmerentscheidung. Nun soll die letzte verbliebene Ortsteilverwaltung auch fast dicht gemacht werden. Vor Jahren war die Verwaltungsspitze noch gescheitert mit dem Versuch, die kleinen Verwaltungsstandorte offiziell zu schließen. Unser damaliger Vorschlag für einen mobilen Verwaltungsbus war 2013 noch nicht umsetzbar. Nun kommt die Idee eines mobilen Bürgerbüros wieder auf die Tagesordnung und gleichzeitig wurden die Ortsteilverwaltungen schleichend dicht gemacht.

Das Finale folgt mit der Ortsteilverwaltung für Kirchmöser und Plaue. Das Verwaltungsbüro, das für über 8000 Menschen zuständig ist, soll in Zukunft nur noch an einem Tag in der Woche für wenige Stunden öffnen. Grundlage ist eine Entscheidung, die die ehemaligen Oberbürgermeisterin und die Verwaltung ohne Rücksprache mit den beiden Ortsvorsteherinnen Dr. Lieselotte Martius (SPD) und Ines Budick (pro Kirchmöser) sowie den aktiven Vereinen vor Ort getroffen hat. Das ist keine gutes Zeichen der Wertschätzung für uns ehrenamtliche Ortsvorsteherinnen und für die Bürgerinnen und Bürger in unserer Ortsteilen.

Wir erwarten nun von der Verwaltung Vorschläge, wie Plaue und Kirchmöser und alle anderen Ortsteile an den Einwohnerservice angebunden werden können. Meine Kollegin Ines Budick und ich haben dazu gestern auch in der Einwohnerfragestunde der SVV das Wort ergriffen und auf den unbefriedigenden Zustand hingewiesen. Denn die Schließung bedeutet nicht nur für die Bürgerinnen und Bürger aus den westlichen Stadt- und Ortsteilen weitere Wege. Schon heute sind Ortsteile wie Wust, Gollwitz oder auch Göttin und Schmerzke von der Verwaltung abgehängt. Die Wege sind über die Jahre immer nur länger geworden. Dass der SPD-Antrag zu einer rollenden Ortsteilverwaltung (gekoppelt zum Beispiel mit einem Bibliotheksbus) vor Jahren keine Mehrheit fand und auch 2013 noch nicht umsetzbar war, wird wohl zwischenzeitlich selbst von der Verwaltungsspitze als Fehler angesehen. So hat der Bürgermeister gestern für die Verwaltung die Prüfung eines solchen mobilen Bürgerbüros angekündigt. Wir hoffen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger unserer Ortsteile und

der gesamten Stadt Brandenburg an der Havel, dass eine Lösung für die Ortsteilverwaltung gefunden wird und die Idee des mobilen Bürgerbüros gleichzeitig umgesetzt werden kann.

Daniel Keip Skaterhalle findet breite Unterstützung.



Mit einem einstimmigen Beschluss auf Antrag fast aller Fraktionen wurde in der gestrigen SVV Unterstützung für die Schaffung einer Skaterhalle in Brandenburg bekundet. Seit fast 15 Jahren kämpfen viele junge Menschen für einen Ort an dem auch witterungsunabhängig auf Board und Bike trainiert werden kann. Die Stadtverordnetenversammlung hatte sich in der Vergangenheit regelmäßig mit dem Projekt befasst. Von der ersten Zusage über 250.000 € aus dem städtischen Haushalt im Jahr 2013 für die Aktivierung der Sprengelhalle über die Planung eines Outdoor-Parks am Wiesenweg hat das Projekt immer wieder Aufmerksamkeit gefunden. Leider sind die Planungen ein ums andere Mal zur Enttäuschung der Rollsportler und ihrer Unterstützer im Sande verlaufen. Doch der Verein hat nicht aufgegeben, sich regelmäßig zu Wort gemeldet und die Politik an ihre eigenen Aussagen erinnert. Dass sie nun in Eigeninitiative nicht nur eine Halle gefunden haben, sondern bereits konkret planen wie und in wann die Ertüchtigung für ihre Zwecke erfolgen kann, zeigt wie stark der Verein trotz mancher Rückschläge geblieben ist.

Auch aus diesem Grund haben die Stadtverordneten die Verwaltung beauftragt, bis zum Dezember konkrete Möglichkeiten aufzuzeigen, wie dem Verein bei der Finanzierung der neuen Trainingsanlage geholfen werden kann. Dabei sind Mittel aus der Sportförderung ebenso möglich wie Mittel aus dem Bereich der freien Jugendarbeit für kleinteilige Projekte und Maßnahmen. Wir wollen und werden den Verein auch weiterhin unterstützen.

Carsten Eichmüller Der Schildbürgerstreich von Plauerhof.



Das Gutshaus Plauerhof und die Chaussee, die zur ihm führt, hat seine Ansicht seit mehr als hundert Jahren nur wenig verändert. Natürlich sind heute viele Häuser saniert und das Milchgut Bahnitz, das seit einigen Jahren die Landwirtschaft in Plauerhof mit übernommen hat, hat auch das Gutshaus Innen und Außen eine Verjüngungskur bekommen. Doch was seit einigen Monaten die Ansicht stört sind Mulden, die die Stadtverwaltung hat anlegen lassen. Dass es bei Regen dauert, bis die Pfützen auf der Straße verschwunden sind, ist für die Plauerhofer nichts Neues. Das hat sich auch nach dem Bau von zwei jeweils fünf Meter langen Ablaufmulden nicht geändert. Nun verengen aber nicht nur die Mulden den Straßenraum, auch die jeweils aufgestellten fünf Warnbaken die fest verbaut wurden sorgen für viele Bürger für Kopfschütteln. Jetzt im Herbst sammelt sich bereits das erste Laub in diesen Kunstwerken des Straßenbaus und das Unkraut sprießt auch bereits. Aus unserer Sicht hätten auch Alternativen zu dieser Regenentwässerung be-



standen beziehungsweise hätte man die Mulden abdecken können, um so den Verkehr nicht zusätzlich zu beeinträchtigen. Beides hatten wir zur gestrigen Stadtverordnetenversammlung in einer Anfrage formuliert. Die Verwaltung hat leider keine Alternativen gesehen.

Übrigens ihren Zweck erfüllen die neuen Gräben, die mit ihrer Warnbeschilderungen an Grenzsicherungsanlagen erinnern, auch nur unzureichend. Nach zehn Minuten Regen sind sie vollgelaufen und von dem Punkt sucht sich das Wasser den üblichen Weg und läuft die Straße und die Hofeinfahrten hinunter. Vielleicht sollte sich die Stadtverwaltung ihr Werk vor Ort noch einmal genau anschauen und dann überlegen, ob es nicht auch Alternativen gibt.